

Friedens in Europa weiter aus. Unser Weg zur Vollendung des Sozialismus dient sowohl den nationalen Interessen als auch der europäischen Sicherheit. Gestützt auf die sozialistische Entwicklung, betreibt die Deutsche Demokratische Republik eine konsequente Politik der Sicherung des Friedens. Das zeigen unsere Vorschläge für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit, für Abrüstung und Entspannung. So hat sich unsere Republik Achtung und Anerkennung in aller Welt erworben.

Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland stellt sich mit seiner Politik dem Streben der Völker nach Frieden und europäischer Sicherheit direkt entgegen. Unsere Einschätzung der Politik der Kiesinger/Strauß-Regierung hat sich als völlig richtig erwiesen. Davon zeugt das kürzlich mit Johnson abgesprochene Expansionsprogramm, das ein Bestandteil der imperialistischen Globalstrategie ist und sich gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die bestehenden Grenzen in Europa, gegen die Abrüstung, gegen Frieden und Fortschritt in aller Welt richtet. Die westdeutsche Regierung hält die aggressive Alleinvertretungsmaßnahme, die einer potentiellen Kriegserklärung gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Staaten gleichkommt, aufrecht, forciert die Aufrüstung, sabotiert den Atomwaffensperrvertrag, fordert freie Hand für atomare Bewaffnung und setzt sich für die Stärkung der NATO als Instrument zur Verwirklichung ihrer antinationalen und menscheitsfeindlichen Politik ein. Diesem aggressiven Programm nach außen entspricht der antisoziale und antidemokratische Kurs im Innern.

Frieden und europäische Sicherheit erfordern die Aufgabe der aggressiven Alleinvertretungsmaßnahme, die Abkehr von der Politik der Grenzrevision, den Verzicht auf atomare Bewaffnung, die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa und die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Auf dieses Ziel ist das in Karlovy Vary beschlossene Aktionsprogramm der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas gerichtet. Dem dienen auch die Vorschläge, die der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, von der Tribüne des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unterbreitet hat.

Wir sind uns der großen nationalen und internationalen Verantwort-